

RA KLAUS KALL • POSTSTRASSE 22 • 40213 DÜSSELDORF

An die
Bezirksregierungs Arnsberg
- Abt. VIII (Bergbau) -
Goebenstraße 25

44135 Dortmund

Düsseldorf, 15.01.2001
K/lg

Öffentliche Auslegung des Rahmenbetriebsplans des Bergwerks Walsum

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich zeige Ihnen an, daß mich die Schutzgemeinschaft Bergbau (SGB) Rheinberg e.V., vertretenden durch ihren Vorsitzenden, Herrn Dipl.-Ing. Werner Raue mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hat.

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Aufgrund der im Rahmenbetriebsplanentwurf für das Bergwerk Walsum vorgesehenen Abbaumaßnahmen muß die SGB mit bergbaulichen Einwirkungen auf die Grundstücke ihrer Mitglieder rechnen und zwar mit Senkungen und Schiefungen sowie möglicherweise auch mit Zerrungen und Pressungen und auf Ausbildung von Erdstufen beruhenden Schäden an seinem Eigentum.

Darüber hinaus sind sie durch eine nicht zu rechtfertigende Erhöhung der Hochwasserrisiken betroffen.

Aus dieser Betroffenheit heraus erhebe ich folgende Einwendungen:

1.

Eine ordnungsgemäße Auslegung hat nicht stattgefunden. Die topographischen Karten mit Senkungsbildern lagen nur als Anlagen 6.1 und 6.2 bzw. 7.1 und 7.2 in einer auf DIN A3 verkleinerten Größe aus, aber nicht aber im Originalmaßstab von 1 : 25.000. Hierdurch war es nicht möglich, Straßenzüge und die Zuordnung der Höhenlinien zu diesen Straßenzügen ordnungsgemäß zu identifizieren. Die offengelegten Baufeldkarten und Schnitt-

te sowie die Karte „Großtektonik“ waren nicht in die Topographie eingeordnet und erlauben deshalb keine Zuordnung zum Geschehen an der Oberfläche. Es handelt sich nicht um „einen zur Auslegung geeigneten Plan“ im Sinne des § 57 a Abs. 2 BBergG.

Außerdem fehlte eine allgemein verständliche Zusammenfassung der nach § 57 a Abs. 2 BBergG beizubringenden Angaben.

2.

Die mit der Ausführung der Rahmenbetriebspläne verbundenen Eingriffe in das Eigentum sind gemäß Art. 14 Grundgesetz nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig. Daran fehlt es. Die Förderung der Kohle insbesondere im Bergwerk Walsum ist zur Sicherung der Rohstoffversorgung oder aus sonstigen Gründen des Wohls der Allgemeinheit weder erforderlich noch sinnvoll noch wirtschaftlich. Gefördert werden sollen niederflüchtige Kohlen. Der Markt für niederflüchtige Kohlen ist zusammengebrochen. Dies äußert sich in dem Beschluß über die Schließung der erst vor wenigen Jahren gebauten Kokerei Kaiserstuhl. Die nach dem Rahmenbetriebsplan zu fördernden Mengen sind auch nicht mehr als Gießereikoks nach China oder auf dem sonstigen Weltmarkt zu veräußern. In Bürgerinformationen räumten Vertreter der DSK offen ein, daß eine zu hohe Produktion und ein zu geringer Absatz im Bereich der Kohle bestehe und daß verbleibende Absatzpositionen niederflüchtiger Kohlen in der eisenschaffenden Industrie jedenfalls den Abbau der Baufelder des Bergwerks Walsum nicht mehr erfordern. Auch zur Sicherung von Rohstoffreserven (§ 1 BBergG) ist der Abbau nicht erforderlich. Eine landesplanerische Ausweisung fehlt.

Etwaiger Bedarf kann wirtschaftlicher und kostengünstiger auf dem Weltmarkt gedeckt werden.

3.

Die Umweltverträglichkeitsstudie ist unvollständig. Die Auswirkungen auf die besiedelten Bereiche werden nicht geprüft und erörtert.

- Es fehlt eine Abschätzung der Vegetationsschäden in den Hausgärten und städtischen Parks sowie drohender Gebäudeschäden durch Grundwasserabsenkungen und Wasserregulierungsmaßnahmen.
- Es drohen Schäden am städtischen Kanalnetz durch Gegengefälle und Brüche mit der Folge der Verunreinigung des Untergrundes und Beeinträchtigung des ordnungsgemäßen Schmutzwasserablaufs von den Haus- und Gewerbegrundstücken. In dem Senkungsbereich befinden sich Gewerbegebiete, in denen auch schadstoffhaltige Abwässer anfallen können. Schäden der Kanalisation werden oft erst sehr spät bemerkt mit der Folge eines beträchtlichen Umweltschadenspotentials.
- Es sind mehrere Altlasten- und Altlastenverdachtsflächen ausgewiesen. Zum Teil handelt es sich um alte und noch betriebene Hausmülldeponien (z.B. Winterswick, Voerde u.a.) oder auch um Sondermülldeponien (Lohberg). Diese Deponien sind nicht nach heutigen Erkenntnissen gesichert. Durch geänderte Flurabstände und Veränderungen

der Grundwasserströme kann es zu verstärkten Auswaschungen aus den Deponiekörpern kommen mit Schadstofffahnen in die benachbarten landwirtschaftlichen Flächen und in die besiedelten Bereiche hinein. Durch Förderungen des Grundwassers mit Hausbrunnen zur Gartenbewässerung, vereinzelt auch zur Trinkwasserversorgung drohen Oberflächenverunreinigungen. Über bewässerte Äcker und Nutzgartenflächen können Schadstoffe in den Nahrungskreislauf gelangen. Dies ist nicht oder nicht ausreichend untersucht. Das LINEG-Gutachten läßt – auch für andere Altlastenflächen – unberücksichtigt, daß der Flurabstandvergleich zwischen 1999 und 2019 nicht ausreicht, weil durch ungleichmäßige Setzungs- und Senkungsprozesse sowie externe Einflüsse auf den Grundwasserhaushalt zwischenzeitlich erheblich geringere Flurabstände eintreten können.

Gesundheitsschädliche Lärmeinwirkungen sind nicht untersucht und bewertet worden. Hier geht es einmal um Abbaugeräusche und Erschütterungen durch Gebirgsschläge, die Schlafstörungen (besonders bei Kleinkindern und älteren Menschen) verursachen können, zum anderen um den Verkehrslärm durch den Transport des Abraumes.

4.

Der Abbau und die damit verbundenen Senkungen machen umfangreiche Pump- und Wasserhaltungsmaßnahmen „für die Ewigkeit“ erforderlich, wenn nicht die Vernässung großer Teilbereiche der bewohnten und der landwirtschaftlichen Flächen in Kauf genommen werden sollen. Es ist nicht ersichtlich, wie der Bergwerksunternehmer die Aufbringung dieser „Ewigkeitslast“ wirtschaftlich sicherstellen will. Die Folgen werden der Allgemeinheit und uns als Steuerzahler überbürdet. Für einen unwirtschaftlichen Kohleabbau ist das unverantwortlich.

5.

Grundsätze zur Konfliktminimierung bei Aufstellung des Rahmenbetriebsplans im heimischen Steinkohlebergbau

5.1

Zur Fortsetzung eines sozial verträglichen Strukturwandels ist es dringend geboten

- die wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale zu dynamisieren, d.h. das Innovationstempo zu beschleunigen;
- Bergbau nur noch dort zu betreiben, wo
- übertägig nur geringe Schäden an Sachgütern zu erwarten sind,
- keine Gefährdung für Leben und körperliche Unversehrtheit oder für die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Hochwasser erwachsen kann,
- keine Behinderungen bei der Ansiedlung neuen Industrie- und Gewerbes entstehen,
- keine Konfliktbarrieren beim Bürger aufgebaut werden.

5.2.

Unter Berücksichtigung der Belange des Bergbaus drängt sich zur Genehmigung von Rahmenbetriebsplänen auf, Ausschlußgebiete festzulegen.

5.2.1

Kein Abbau in hochwassergefährdeten Gebieten: im Rheineinzugsbereich, d.h. unter dem Rheinstrom, im Vorland sowie im Abstand von 2 km landeinwärts vom Banndeich.

5.2.2

Kein Abbau unter ausgewiesenen GI/GE, W/WA oder Dorfgebieten sowie unter geschlossenen Innenbereichen.

5.2.3

Kein Abbau unter im GEP oder in Flächennutzungsplänen der Gemeinden ausgewiesenen Industrie-/Gewerbe- oder Wohnbauflächen.

5.3.

Flächen zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sind knapp und nicht vermehrbar. Die bisherige Strategie, Industrie und Gewerbe erst nach Eintritt der „Bergruhe“ nachziehen zu lassen, wird den dynamischen Anforderungen eines sozial verträglichen Strukturwandels nicht gerecht.

Zur Wahrung des sozialen Friedens ist das Innovationstempo zu beschleunigen. Dazu muß auf das volle Flächenpotential der Region zur Ansiedlung von Ersatzarbeitsplätzen zurückgegriffen werden.

Es reicht dabei nicht, Industrie- und Gewerbeflächen auszuweisen. Sie müssen auch tatsächlich für ansiedlungswillige Betriebe nutzbar sein, d.h. bergbauliche Aktivitäten müssen abgeklungen sein. Negativbeispiele in Moers, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg aber auch im Emscher-/Lippe-Raum belegen, daß es nicht reicht, Flächen auf dem Papier auszuweisen: sie müssen auch verfügbar sein.

5.4.

Das – nach wie vor – naßforsche Auftreten der Vertreter der Deutschen Steinkohle AG aber auch die fehlende staatliche Autorität in den Genehmigungsverfahren

- wegen fehlender Unabhängigkeit,
- Distanzlosigkeit der Behörden- und Politikvertreter zum Bergbau und
- damit fehlendem Vertrauen in die Integrität der Verwaltung

führen zu unnötigen Konfliktverschärfungen.

5.5.

Das gesetzliche Instrumentarium des Anlagenzulassungsrechts, die Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltbelastungen (IVU-Richtlinie), das BBergG, die Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie, das Bundesbodenschutzgesetz sowie das Wasserrecht haben in erster Linie die Funktion, die Bürger, ihre Gesundheit und ihr Eigentum zu schützen.

Das Nichternstnehmen des Bürgers hat nicht nur in dem linksrheinischen Raum (Rheinberg, Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn) seit Jahren sondern nunmehr auch in dem rechtsrheinischen Raum betreffend die Schachtanlagen Walsum und Prosper Haniel zum Aufbau erheblichen Widerstandes geführt. Die ohne jede Rücksicht auf die Bürger vorgelegten Rahmenbetriebsplananträge verstellen vernünftige – von allen akzeptierte sozial verträgliche – Lösungen, die auf Dauer Bestand haben.

Der durch den Bergbau und fehlerhaftes Genehmigungsmanagement der Behörden provozierte Konflikt richtet sich nicht nur gegen den Bergbau sondern auch gegen die Verwaltung, die Politik und nicht zuletzt gegen die Landesregierung.

Es ist deshalb dringend geboten, Konflikte zu entschärfen und auf einen sozial verträglichen, konfliktarmen Bergbau hinzuwirken – jenseits aller Diskussionen um die Sachgerechtigkeit der Subventionierung.

6.

Der geplante Kohleabbau soll als Bruchbau erfolgen, das heißt, es wird keine Verfüllungen geben, die die Schäden an der Erdoberfläche verringern würden.

Die gleiche Verbrennungskohle kann aus eigenen Bergwerken der Deutschen Steinkohle von außerhalb Europas zu 1/3 des Preises bezogen werden, zu dem sie jetzt neu gewonnen werden soll.

7.

Durch den geplanten Kohleabbau wird es wegen der dadurch entstehenden Grundwasserprobleme zu Ewigkeitsschäden durch die Folgekosten kommen, deren Folgen letztlich auch ich und meine Erben und eventuelle spätere Grundstückseigentümer mit tragen müssen. Es wird dadurch zu einem Vermögensverlust kommen.

Zum Vergleich: Linksrheinisch müssen bei der LINEG wegen der Absenkungen des Gebietes durch den Bergbau alleine jährlich ca. 523 Millionen Kubikmeter Grundwasser mit jährlichen Dauerkosten von ca. 123 Millionen DM abgepumpt werden. Im Bereich Voerde sind über 50 Millionen Kubikmeter Grundwasser durch die Absenkungen des Gebietes durch den Bergbau demnächst jährlich abzupumpen, um das Gebiet trocken zu halten. Vergleichsweise werden dann mit derzeitigem Kostenniveau jährlich über 12 Millionen DM an Kosten entstehen, ohne die Kosten der Einrichtungen der Pumpstationen. In öffentlichen Veranstaltungen haben Vertreter des Bergbaus zunächst von über 6 Milliarden DM Rückstellungen für solche

Folgekosten gesprochen. Am 20.12.2000 waren es bei der Veranstaltung der beiden Kirchen in Spellen in der Gaststätte Wessel-van Holt nur noch 4 Milliarden Rückstellungen, so ein Vertreter des Bergbaus. Solche Rückstellungen sind bisher aber nirgendwo dargelegt worden.

8.

Durch die Absenkung wird es zur Qualitätsminderung des Trinkwassers kommen, da das jetzt gelieferte Wasser demnächst zu einer ca. 10-fach hohen Menge aus Rheinuferfiltrat bestehen soll.

9.

Den Unterlagen lag eine Umweltverträglichkeitsstudie bei. Diese Umweltverträglichkeitsstudie ergibt entgegen den EU-Vorgaben nur unzureichende Erkenntnisse über die Folgeschäden und Kosten, die auf die Bewohner und die Eigentümer in dem geplanten Bergsenkungsgebiet auf Ewigkeit zukommen.

10.

Eine Kosten-Nutzen-Analyse, wie es die in der gesamten EU vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsstudien vorschreiben, lag den Unterlagen nicht bei.

Vom Staatlichen Umweltamt in Krefeld wurde erklärt, daß die Deiche, unter denen der Bergbau abbaut, in Intervallen von 10 bis 30 Jahren erneuert werden müssen. Das sei die Folge des bergbaulichen Einwirkens auf die Deiche. Diese Ewigkeitsfolgekosten der Deichneubauten, die Erhöhung der Deiche, die Errichtung von Pumpstationen und die Ewigkeitsfolgekosten des Abpumpens sind nirgends aufgeführt.

Die durch den Bergbau verursachten Schäden an Autobahnen, Land- und sonstigen Straßen, die den gesamten Straßenverkehr behindern, ohne daß solche Schäden bisher überall vollständig beseitigt wurden, sind nicht quantifiziert. Das jetzige Planfeststellungsverfahren für den Kohleabbau bis zum Jahre 2019 sieht die Beseitigung solcher Schäden im Bereich der Städte Voerde, Dinslaken und Rheinberg nicht vor.

Die Kosten des Straßenbaulastträgers wurden in der Vergangenheit nur unzureichend vom Bergbau übernommen.

11.

Die Kostenrelation für die Förderung der Verbrennungskohle in dem geplanten Abbaug Gebiet einerseits und die Finanzierungskosten für Deichneubauten, Pumpanlagen, Stromkosten für die Pumpen, Straßenerneuerungskosten, Deichschleusen oder Deichneubaukosten, Sanierungs- und Erneuerungskosten an Immobilien sind gewaltig und stehen in keinem Verhältnis zu dem möglichen Lohnerhalt für die Bergleute.

12.

In dem Planfeststellungsverfahren ist erklärt, daß vor, unter und hinter dem Rheindeich Kohle abgebaut werden soll. Die Standsicherheit der Deiche ist dadurch gefährdet (s. Dr. Heß 1958). Im Vorland des Hauptdeiches müssen zum Erhalt der Wassertiefe des Rheines noch zusätzliche Deiche gebaut werden oder das gesamte Vorflutgelände muß erhöht werden.

Die Landesregierung Nordrhein lehnt jede Garantie für Zuzahlungen bei Deicherneuerungen ab. Eine Pflicht zur Erneuerungen von Deichen für Anrainer gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nur in NRW und hier auch nur am Niederrhein. Die Kosten für Deicherneuerungen werden zur Zeit mit durchschnittlich 5 Millionen DM pro Deichkilometer angegeben, die von den Zwangsmitgliedern beigetragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt Klaus Kall
Fachanwalt für Verwaltungsrecht